

i Fijáte!

Nachrichten •

Informationen • Berichte zu Guatemala

No. 313

30. Juni 2004

10. Jahrgang

(K)ein schöner Land in dieser Zeit? Teil I

Zahlreiche, von Gewalt geprägte Finca-Räumungen, die Kaffeekrise, Verletzungen von Arbeitsrechten, Hunger - nur einige Aspekte, die nicht nur in der heutigen Zeit mit dem Thema Land und der Tatsache einer fehlenden Agrarpolitik in Guatemala in Verbindung stehen. Vier Wochen lang reisten drei Vertreter des *Nationalen Dachverbandes der BäuerInnenorganisationen* - CNOC - und vom *Dachverband der Nichtregierungsorganisationen und Kooperativen* - CONGCOOP - durch Europa, um die Problematik bei hiesigen Regierungen und der Zivilgesellschaft einzubringen und politische Unterstützung zu ersuchen. Im folgenden Interview stellen Leocadio Juracán und Salvador Cruz Mitglieder des Politischen Rates der CNOC, sowie Helmer Velásquez, Führungsmitglied der CONGCOOP den CNOC-Vorschlag zur *Integralen Agrarreform* und dessen Hintergründe vor.

Frage: Wie kann man sich die Organisation des CNOC vorstellen?

Leocadio Juracán.: Ich gehöre bspw. zu einer lokalen Basisorganisation, dem BäuerInnenkomitee des Hochlandes, CCDA. Dieses gehört wiederum zum *Indigenen- und BäuerInnenrat* Kutz Bal B'ey, und dieser ist Mitglied bei der CNOC, dem *Nationalen Dachverband der BäuerInnenorganisationen*. Die jeweiligen Organisationen erfüllen unterschiedliche Verantwortlichkeiten auf den verschiedenen Ebenen, der departamentalen, der regionalen, bis hin zur nationalen. Ähnliches gilt für unseren *compañero* Helmer von der CONGCOOP, dem *Dachverband der Nichtregierungsorganisationen*, der eher auf regionaler Ebene tätig ist, und auch zum CNOC gehört.

Frage: Was ist der Anlass ihrer Reise durch Europa?

Helmer Velásquez: Wir verfolgen zwei Ziele mit unserer Tour. Zum einen wollen wir unseren Vorschlag zur Agrarreform vorstellen und präsentieren, was diesem zufolge mittel- und langfristig ansteht. Der zweite Aspekt ist eine sehr konkrete Massnahme, und zwar das Treffen der Konsultivgruppe in Guatemala, das voraussichtlich im ersten Halbjahr des nächsten Jahres stattfinden wird. Diesbezüglich bitten wir die europäischen Regierungen um ihre politische Unterstützung, damit der Punkt der Agrarreform auf die Tagesordnung der Konsultivgruppe gesetzt wird. Ausserdem bitten wir die zivilgesellschaftlichen Organisationen und Gruppen in Europa, dass sie uns in diesem Sinne mit Hilfe ihrer Regierungen unterstützen.

Eine weitere Bitte an die europäischen Regierungen besteht in der Aufnahme von VertreterInnen der Zivilgesellschaft in die Konsultivgruppe. Dies hatten bei dem vorherigen Konsultivgruppentreffen nur Schweden und Holland gemacht.

Das sind unsere konkreten Vorhaben. Im Allgemeinen wollen wir in Europa mittels unserer Reise hinsichtlich des Agrarthemas in Guatemala sensibilisieren und dabei vor allem auf die aktuelle Situation der Finca-Räumungen und dem Fehlen einer Agrarpolitik aufmerksam machen.

Frage: Was passiert diesbezüglich denn im Land selber, von Seiten der CNOC und ihrer Mitgliedsorganisationen?

H.V.: Wir sind, gemeinsam mit FIAN (*FoodFirst Informations- und Aktions-Netzwerk*, Internationale Menschenrechtsorganisation für das Recht sich zu ernähren - die Red.) Teil der internationalen Kampagne zur Landreform. Auf nationaler Ebene verfolgen wir verschiedene Aktionen zum gleichen Thema. Die nationale Mobilisierung vom 8. Juni (vgl. ¡Fijáte! 312), im August wird ein Treffen mit Jugendlichen stattfinden. Im ersten Halbjahr 2005 streben wir ein Treffen auf lateinamerikanischer Ebene an und am Ende des Halbjahres organisieren wir den *III. Nationalen BäuerInnenkongress*. Auf diesem werden wir unseren Agrarreformvorschlag zur Verabschiedung von Seiten der Basisorganisationen vorstellen. Derzeit finden Workshops und kleinere Kongresse auf interner CNOC-Ebene statt, auf denen der Inhalt des Vorschlags den Mitgliedsorganisationen erläutert, mit ihnen diskutiert und weiter erarbeitet wird.

Frage: Welchen Zeitrahmen hat man dabei im Auge?

H.V. Wir haben einen kritischen Fahrplan für die Reform aufgestellt, der 10 Jahre für die Realisierung veranschlagt, wenn jetzt mit der Umsetzung begonnen wird. Dabei gibt es eine Reihe von sofortigen Massnahmen, die sich auf den Rahmen der Friedensabkommen stützen und andere, die langfristig angegangen werden sollen.

Leocadio Juracán: Seit Unterzeichnung der Friedensabkommen war die CNOC gekennzeichnet als BäuerInnenbewegung, die Vorschläge einreicht. In diesem Rahmen haben wir einen Diskussionsprozess initiiert über unseren Standpunkt u.a. zu den Themen Armut, Migration, Arbeitslosigkeit und dem Phänomen des Hungers, welches wir während des bewaffneten Konflikts nicht in dieser Form wahrgenommen haben. Aber in Zeiten des Friedens taucht die Problematik des Hungers auf, was in gewisser Weise paradox ist hinsichtlich der Perspektive, die die Firmierung der Abkommen aufzeigte. Sechs, sieben Jahre nach den Abkommen stellt sich heraus, dass die Ursachen, die den bewaffneten Konflikt in Guatemala auslösten, in keiner Weise gelöst sind. Dies war der Anlass für die CNOC für den Agrarreformvorschlag. Wir sind der Ansicht, dass es in Guatemala keine ländliche Entwicklung geben kann, so-

lange der Zugang zu Land nicht gewährleistet ist. Dieser ist demzufolge zentraler Aspekt des Reformvorschlages der CNOC.

Unseres Erachtens ist einer der wenigen Vorteile, die uns die Friedensabkommen gebracht haben, die Tatsache - jedenfalls bislang noch - öffentlich und offen das Thema der Agrarreform diskutieren zu können. Das war zu Kriegszeiten ein klandestines Thema, über das wir nicht reden konnten, ohne dass wir gleich mit den Guerilleros in Verbindung gebracht wurden.

Frage: Wie sieht denn der Vorschlag konkret aus?

L.J.: Unser Vorschlag zur *Integrativen Agrarreform* beinhaltet kurz-, mittel- und langfristige Massnahmen. Da wir der Meinung sind, dass der Zugang zu Land wirklich zu einer realen und langfristigen Entwicklung des ganzen Landes beitragen wird, beschränkt er sich nicht auf die palliative Unterstützung der wachsenden Bevölkerung, die an Hunger oder extremer Armut leidet, was die Problematik nicht lösen sondern eher verschlimmern wird.

Eins der Themen ist also die Transparenz des Landeigentums. Wir glauben, dass es viele Landbesitzenden gibt, die ihre Ländereien nicht vollständig haben registrieren lassen. Es gibt folglich falsche Grössenangaben, sog. Exzesse, von Fincas. Gleichzeitig gibt es viele Fincas, die für die Bewirtschaftung geeignet sind, aber nicht genutzt werden.

Aufgrunddessen verfolgen wir zwei Aspekte. Hinsichtlich der Fincagrösse fordern wir ein nationales Kataster. Die nicht registrierten Ländereien sollen an den Landfond FONTIERRAS übergeben werden, der diese neu verteilt. Auf die nicht genutzten Flächen hingegen sollten Steuern erhoben werden, die ebenfalls an FONTIERRAS gehen bzw. mittels denen Produktionsmassnahmen finanziert werden sollen, die wiederum Arbeitsplätze schaffen und zur allgemeinen Entwicklung beitragen.

Frage: Die Katasterfrage ist ja nicht neu. Wie sieht die aktuelle Situation diesbezüglich aus?

L.J.: In Bezug auf das Kataster haben die CNOC, die *Nationale Paritätische Landkommission* und die vorherige Regierung bereits einen Gesetzesvorschlag erarbeitet. Dieser schloss die eben genannten Vorschläge ein, wurde jedoch nicht verabschiedet. Derweil haben wir erfahren, dass die Agrarkammer, die die Grossgrundbesitzer vereint, ebenfalls einen Katastervorschlag eingereicht hat, der die Legalisierung der

Landexzesse als ihr Eigentum anvisiert und somit eine stärkere Landkonzentration in wenigen Händen zur Folge hätte. Unser Vorschlag hingegen priorisiert den sozialen Nutzen. Und hinsichtlich einer integralen Entwicklung des Landes ist dieser Ansatz der logischste.

Frage: Sie haben bereits die Finca-Räumungen und auch das Diskussionsklima in früheren Zeiten benannt. Wie nehmen Sie derzeit die Stimmung im Land in Bezug auf die Diskussion und Erarbeitung der Agrarreform wahr?

L.J.: In etwas mehr als vier Monaten der neuen Regierung unter Präsident Oscar Berger wurden 27 Finca-Räumungen durchgeführt. Zudem gab es zahlreiche Festnahmen und Inhaftierungen von aktiven BäuerInnenführerInnen. Das beunruhigt uns sehr. In den letzten eineinhalb Jahren der vorhergehenden Regierung gab es gar keine Räumung von Fincas. Nicht, weil sich diese mit unserem Reformvorschlag identifizierte, sondern weil ein permanenter Konflikt zwischen der damaligen Regierung und den Grossgrundbesitzenden schwelte. So wurde in gewisser Weise sowohl von Seiten der Regierung als auch von den BäuerInnen Druck auf diese ausgeübt.

Frage: Mit welchen Erwartungen hatten Sie denn dem Regierungswechsel entgegengesehen?

L.J.: Bereits seit der Wahlkampagne sahen wir voraus, dass die jetzige Regierung die Grossgrundbesitzenden, die Oligarchie, repräsentiert und somit auf irgendeine Weise die Finca-Räumungen durchführen würde. Und genau so ist es passiert.

Eine der ersten Räumungen fand signifikanterweise auf der Finca von einer Verwandten von Präsident Berger statt, der Tante seiner Ehefrau.

Frage: Was ist der Hauptanlass für die Räumungen?

L.J.: In den meisten Fällen handelt es sich primär um Arbeitskonflikte. Die BäuerInnen argumentieren mit der Kaffeekrise, was die Grossgrundbesitzenden dazu nutzen, die Arbeitenden zur Verzweiflung zu treiben, in dem sie diese nicht bezahlen und hoffen, dass die BäuerInnen freiwillig gehen. Auf diese Weise umgehen die Arbeitgebenden das Recht der Arbeitnehmenden auf Entschädigung und andere Lohnzusatzleistungen. Das ist die Strategie der Grossgrundbesitzer. Aber die BäuerInnen halten dem Stand und fordern die Auszahlung der kompletten Gehälter. Doch nach

Ablauf von einigen Monaten stellt dann die formelle Besetzung der Finca die letzte Option dar. Diese beinhaltet die Möglichkeit der Argumentation, dass, wenn die Arbeitgeber kein Geld haben, um sie zu bezahlen, sie den BäuerInnen stattdessen Land überlassen. Doch die Antwort darauf sind die Räumungen. Auf diese Weise verlieren die BäuerInnen sowohl Gehälter als auch Zusatzleistungen und sie werden ohne alles auf die Strasse gesetzt.

Die CNOC nun begegnet den Konflikten um das Land mit dem Vorschlag eines legislativen Agrar- und Umweltabkommens zur Lösung derselben. Denn derzeit werden die BäuerInnen, die von den Räumungen betroffen sind, gemäß dem zivilen Strafgesetz verfolgt. Doch das hat überhaupt nichts mit der Agrarfrage zu tun! So landen die BesetzerInnen im Gefängnis, denn derzeit steht auf Landusurpation eine Mindeststrafe von 3 Jahren Haft.

Das Unfaire an der Sache ist, dass denjenigen, die ursprünglich die Arbeitsgesetze verletzt haben, niemals der Prozess gemacht wird. Da besteht auch so ein grosser Widerspruch in der Anwendung der Justiz, in der eindeutig die Reichen bevorzugt werden.

Die Lösung der Landkonflikte ist also ein weiterer Aspekt unseres Reformvorschlages.

Frage: Sie erwähnten anfangs den Landfond FONTIERRAS, der in den letzten Jahren sehr in die Kritik geraten ist. Welche Rolle soll er übernehmen und warum greifen Sie trotz allgemeiner Kritik doch auf diese Institution zurück?

L.J.: FONTIERRAS ist die einzige Institution die auf Grundlage der Friedensabkommen in Funktion ist, mit der eigentlichen Aufgabe, die Umsetzung der Vereinbarungen hinsichtlich der Zugangssicherung zu Land für die BäuerInnen zu ermöglichen. Wir haben diesbezüglich eine Reihe von Problemen identifiziert. Eines der schwerwiegendsten ist eine generelle Funktionsschwäche der Institution. Seit Beginn seiner Gründung wurden massenweise Anträge auf Land eingereicht, die bislang noch nicht erfüllt oder gelöst wurden. Man muss einen umfangreichen und langwierigen bürokratischen Prozess durchlaufen, was die BäuerInnen oft abschreckt und verzweifeln lässt.

Wir haben nun einige Vorschläge zur Verbesserung der Strukturen und der Funktionsweise des Fonds erarbeitet. Und wenn diese erfüllt sind, hoffen wir, dass die Institution funktionsfähig ist und ihre Aufgabe erfüllt. Es gibt nun einmal keine andere äquivalente und offizi-

ell anerkannte Struktur. Und eine ganz neue aufzubauen, erfordert nicht nur Geldzuweisungen, sondern würde die gleichen Risiken in sich bergen, die FONTIERRAS gegenwärtig.

Ein wesentlicher Aspekt ist schliesslich die Tatsache, dass dem Fond noch kein einziges Mal der Etat überschrieben wurde, der ihm gemäss dem sozio-ökonomischen Abkommen zusteht und der im Jahr 300 Mio. Quetzales (ca. US-\$ 3 Mio.) umfasst.

In diesem Zusammenhang ist es zusätzlich problematisch, dass FONTIERRAS allein die Aufgabe hat, den BäuerInnen den Kauf von Land zu erleichtern. Ausgeschlossen davon ist jegliche Investition in produktive oder auch soziale Infrastruktur.

Viele der zur Verfügung stehenden Fincas sind seit vielleicht 10 Jahren verlassen. Nun kommen die BäuerInnen ohne alles und ohne Basisinfrastruktur – was sollen sie da machen? Deswegen bleiben auch sie nicht lange. Schliesslich kommen sie aus ihrem Dorf, wo sie immerhin eine Schule, Unterkunft, Wasser und Strom haben. Es ist also besser unter diesen Umständen weiterzuleben, als sich auf noch schlechtere Lebensbedingungen einzulassen.

Frage: Aber wem gehörte denn das Land vorher? Und warum wurde es zur Verfügung gestellt?

L.J.: Es gehörte den Grossgrundbesitzern. Für die stellte FONTIERRAS

sogar einen gewissen Vorteil dar. In Guatemala gibt es eine grosse Nachfrage und wenig Angebote von Land. So konnten sie ihren Besitz zu einem guten Preis verkaufen. Auch die Kaffeekrise spielt eine Rolle. Viele Besitzer ziehen es vor, in der derzeitigen Situation ihre Fincas zu verkaufen. Viele dieser Fincas befinden sich neben den erwähnten Mängeln auch in ungünstigen Zuständen, was den Zugang zu ihnen angeht. Sie sind einfach weit ab vom Schuss.

Das Anliegen von CNOC bezieht sich nun auf die Forderung, dass der gebilligte Etat auch wirklich dem Landfond überwiesen wird, damit es auch spezielle Haushaltstitel für Investitionen in Produktion und Infrastruktur geben kann, um minimale Voraussetzungen schaffen zu können und so ein Leben dort überhaupt erst zumutbar zu machen.

Frage: Soll das über Kredite oder über Investitionen laufen?

L.J.: Sowohl als auch. Es müssen Kredite für den Landkauf gegeben werden, aber es muss auch direkte Unterstützung von Investitionen geben. Zudem technische Beratung für die Kommerzialisierung und Weiterbildung. Wobei der Teil, der Ausgaben impliziert, wirklich subventioniert werden sollte. Und die Investitionen sollten zum Teil über Kredite laufen.

Ein anderer Punkt unseres Reformvorschlags betrifft die Wiedererlangung von Ländereien mit Hilfe von Enteig-

nung und Konfiszierung. Aber diese Themen sind sehr heikel zu diskutieren. Wir gehen es dennoch an. Schliesslich wurde es schon im Rahmen der Friedensabkommen diskutiert und darf nicht unter den Tisch fallen.

Wir fordern nun die Enteignung oder Konfiszierung v.a. der Fincas, deren Verleihung nicht mit rechten, wenn nicht gar illegalen Mitteln zugeht. Ländereien, die ursprünglich dem Staat gehörten und dann Militärangehörigen überschrieben wurden. Diese liegen vornehmlich im *Transversalen Landstreifen des Nordens* und im Petén. Für diese Enteignung existieren legale Mittel. Wenn es den politischen Willen der Regierung gäbe, dieser Vorschlag u.E. durchaus realisierbar. In diesem Rahmen fordern wir zudem die Enteignung der Fincas, die in Verbindung mit dem Drogenverkehr stehen. Und schliesslich die Fincas, die zur Geldwäsche genutzt wurden.

Wir halten diesen Vorschlag für fachlich fundiert und haben es geschafft, eine Fachkommission zu gründen, in der HistorikerInnen, AnthropologInnen, AnwältInnen, AgronomInnen sitzen, die uns helfen einen professionell politischen Entwurf zu erarbeiten.

Das ist zusammengefasst der Inhalt unseres Vorschlags zur *Integralen Agrarreform*. Und für diese erhoffen wir uns die politische Unterstützung, damit sie als zentrales und prioritäres Thema auf die Agenda des nächsten Konsultivgruppentreffens gesetzt wird, das für uns äusserst wichtig ist.

Mit Insektenschutzmitteln gegen die Umwelt

Guatemala, 21. Juni. Seit seiner Einführung in den 80er-Jahren sorgt das Programm zur Bekämpfung der *mosca del mediterraneo* in Guatemala für Kontroversen. Diese Fruchtfliege gilt weltweit als einer der gefährlichsten Schädlinge für Früchte. Das Weibchen legt seine Eier unter die Schale der reifen Früchte, die Larven wiederum ernähren sich vom Fruchtfleisch.

Das Insekt kam 1955 nach Zentralamerika und breitete sich in den siebziger Jahren nach Mexiko aus. Durch ein gemeinsames Programm der Vereinigten Staaten, Mexiko und Guatemala konnte die Fliege 1982 in Mexiko ausgerottet werden, woraufhin das Programm auch in Guatemala eingeführt wurde. Während des bewaffneten Konflikts wurde gemunkelt, das von unangemeldet und tief fliegenden Flugzeugen des *Moscamed*-Programms versprühte Gift gelte in erster Linie den Menschen. Heute weiss man dank diverser Studien, dass es ihnen – und auch der Umwelt – zumindest schadet.

Eine kürzlich in *Inforpress Centroamericana* veröffentlichte Reportage zitiert eine Bienenzüchterin, der ganze Bienenvölker starben, nachdem die *Moscamed*-Flugzeuge die Gegend besprühten. LandwirtInnen beklagen, dass ihre Pflanzen nach der Besprühung verwelken und UmweltschützerInnen sprechen davon, dass die von *Moscamed* verwendete Chemikalie *Sucess 0.02CB* Wasserquellen und Flüsse vergiftet, aus denen Menschen und Tiere ihr Trinkwasser beziehen.

Der Direktor von *Moscamed*, Pedro Velásquez, bestätigt gegenüber *Inforpress* die Verwendung von Giftstoffen, beteuert aber, diese seien für Mensch und Umwelt nicht schädlich. Die Verwendung des Insektenschutzmittels sei von der *Agentur für Umweltschutz* anerkannt, ausserdem hätte *Moscamed* Umweltverträglichkeitsprüfungen gemacht und keinerlei schädliche Wirkung – ausser für die Fliege – festgestellt.

Carlos Albacete Rosales von der Umweltorganisation *Trópico Verde* hin-

gegen kritisiert die von *Moscamed* durchgeführten Umweltverträglichkeitsprüfungen als zu wenig fundiert. Die von *Trópico Verde* selbst durchgeführten Untersuchungen sprechen im Zusammenhang mit dem Gift von Hautirritationen bei Menschen und dem Aussterben von für die Bestäubung von Pflanzen wichtigen Insekten. Gemäss Informationen des Toxikologischen Instituts der Universität San Carlos ist der von *Moscamed* verwendete Giftstoff für im Meer lebende Weichtiere „sehr giftig“, für Fische „ziemlich giftig“ und für wirbellose Wassertiere „leicht giftig“. Und Daten der Chemiefirma *Dow AgroSciences* zufolge kann das Mittel die Schädigung von Zellen sowie Irritation in den Augen bewirken.

Trópico Verde spricht sich nicht generell gegen die Verwendung des Giftes aus, sondern bemängelt die Art und Weise, wie es angewendet wird sowie die Tatsache, dass nichts unternommen würde, um die Nebenwirkungen zu verhindern bzw. zu bekämpfen.

Tag der Verschwundenen

Guatemala, 21. Juni. Verschiedene Menschenrechtsorganisationen erinnerten am 21. Juni, dem *Nationalen Tag der Verschwundenen*, an die Tausenden von Personen, die während des bewaffneten Konflikts verschwunden sind und von deren Schicksal man bis heute nichts weiss. Dieser Tag wird seit 1990 „gefeiert“. Das Datum wurde gewählt in Gedenken an die 28 Mitglieder der *Nationalen Gewerkschaftszentrale* (CNT), darunter sechs Frauen, die am 21. Juni 1980 unter dem Regime von General Fernando Lucas García in ihrem Gewerkschaftssitz vom Militär und der Polizei überfallen, auf einen Polizeiposten gebracht und dort gefoltert wurden. Später brachte man sie auf einen Militärstützpunkt. Seither sind sie verschwunden und niemand weiss, ob, wie und wo sie ermordet wurden.

Die guatemalteckischen Menschenrechts- und Verschwundenenorganisationen organisierten diverse kulturelle Anlässe, so z.B. eine Fotoausstellung mitten in der FussgängerInnenzone der

Hauptstadt, die Präsentation von Videos zum Thema Justiz und Gerechtigkeit, ein Marimbakonzert, etc. Familienangehörige von Verschwundenen färbten das „Monument der Armee“ rot ein und hängten daran die Fotos von verschwundenen Personen auf. Auf den Boden vor dem Denkmal schrieben sie die Worte „Gerechtigkeit und Erinnerung“. Nach etwa einer Stunde erschien die Polizei, um für 'Recht und Ordnung' zu sorgen.

Im Rahmen des *Tags der Verschwundenen* präsentierte die *Kommission zur Suche von verschwundenen Kindern* (CNBND) einen Bericht über die Fortschritte und Schwierigkeiten bei der Zusammenführung von Familien, deren Kinder während des Krieges entführt wurden. Die seit drei Jahren arbeitende Kommission hat 1'084 Fälle dokumentiert, von denen 180 geklärt werden konnten. In 85 Fällen konnte eine Familienzusammenführung, bzw. ein Treffen zwischen den Eltern und ihren unterdessen erwachsenen Kindern arrangiert werden.

In dem Bericht wird die mangelnde Bereitschaft der Regierung und des Militärs kritisiert, die nötigen Informationen und finanziellen Mittel zur Verfügung zu stellen, um die noch ungeklärten Fälle voranzutreiben. Präsident Oscar Berger wird an sein Wahlversprechen erinnert, die Umsetzung der Friedensabkommen und die Entschädigung der Opfer als vordringliche Aufgabe seiner Regierung zu verstehen.

Die *Gruppe gegenseitiger Hilfe* (GAM) verpflichtete sich anlässlich des *Tags der Verschwundenen*, die Aufklärung des seit 24 Jahren ungeklärten Verbrechens an den 28 GewerkschaftsführerInnen vor dem *Obersten Gerichtshof* (CSJ) voranzutreiben, damit die verschwundenen Personen gefunden und die für die Entführungen Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden.

Gemäss GAM wurde der letzte Fall von gewaltsamem Verschwindenlassen als Strategie der Staatspolitik am 19. Oktober 1933 aufgezeichnet. Auch dieser Fall ist bis heute ungeklärt.

Hausbesetzung in Guatemala-Stadt

Guatemala, 19. Juni. Seit dem 4. Juni besetzt die Gruppe *Anti-imperialistischer Block – Autonome Gemeinde* ein Gebäude in der Zone 1 der Hauptstadt. Es handelt sich dabei um die Räumlichkeiten, in denen in den 70er-Jahren der *Club Americano* untergebracht war und später die Büros der Migrationsbehörden. Mit der Aktion erinnern die BesetzerInnen an die Invasion der Vereinigten Staaten vor genau 50 Jahren (27. Juni 1954), deren Ergebnis die Absetzung der Regierung von Jacobo Arbenz aufgrund einer militärischen Konspiration war. Erneut übernahm das Militär mit Carlos Castillo Armas die Macht. Jegliche sozialen Errungenschaften der Oktoberrevolution gingen entgegen der Bedingung, die Arbenz mit seinem Rücktritt stellte, verloren. So war der Grund gelegt für den Beginn erneuter Ausbeutung und Unterdrückung sowie politischer Repression.

Mit ihrer Manifestation solidarisiert sich der *Anti-imperialistische Block* gleichzeitig zugleich mit der aktuellen BäuerInnenbewegung gegen die gewaltsamen Landräumungen. In ihrem Kommuniqué unter dem Titel „50 Jahre nach der Yankee-Invasion“ heisst es u.a.: „Wir, junge Frauen und Männer, besetzen diesen Ort, weil wir genug haben von der Ungerechtigkeit und der permanenten Verleugnung unserer Existenz. Wir protestieren gegen einen Staat, der so-

ziale, wirtschaftliche und militärische Strukturen aufrecht erhält, welche Gewalt und Ungleichheit fördern. All dies ist ein Erbe der Yankee-Invasion: Die vom Norden eingesetzten Militärregierungen, der Terror, die Politik der „verbrannten Erde“, die zum Schweigen gebrachten Jugendlichen, StudentInnen und Berufsleute, nur weil sie laut und deutlich sagten, was sie dachten. Seit dieser Zeit birgt die Erde in unserem Land die Reste derjenigen, die sich trautes, von einem anderen Guatemala zu träumen. Guatemala ist immer noch ein zum Schweigen gebrachtes Land, in dem die Wahrheit manipuliert und in dem die freie Meinungsäusserung mit Repression beantwortet wird. Das Verschliessen von Freiräumen politischer Partizipation betrifft die ganze Gesellschaft, aber in erster Linie die Jugend, deren Bedürfnisse nach Einflussnahme und alternativen Organisations- und Ausdrucksformen immer grösser werden.“

Die Forderung der BesetzerInnen ist, dass ihnen das Gebäude übergeben wird, um einen Raum zu haben, wo sie alternative Politikformen ausprobieren und leben können: Horizontale und unabhängige Politikformen, ohne Protagonismus und ohne Herrschaft. Ein Mitglied der *Autonomen Gemeinde* meinte gegenüber der Nachrichtenagentur *Cerigua*: „Wir haben viel über Autonomie und Selbstbestimmung diskutiert. Wir

glauben, dass wir von aussen zu Bequemlichkeit, Zersplitterung und Viktimisierung manipuliert werden. Man will uns weismachen, dass wir unsere Gesellschaft nicht verändern könnten, weil wir arm seien, keine Bildung hätten und nichts wüssten. Wir aber sind davon überzeugt, dass wir genau aus dieser Position heraus eine andere Welt aufbauen können.“ Bisher haben sich die Behörden zu den Forderungen der BesetzerInnen noch nicht geäussert.

Fast jeden Tag finden politische und kulturelle Aktivitäten in der *Casa Tomada* (besetztes Haus) statt. Ausserdem werden Informationen und ZeugInnenaussagen gesammelt über die Rolle der Migrationsbehörde während des bewaffneten Konflikts und über in dem Gebäude begangene Menschenrechtsverletzungen. Laut Angaben der BesetzerInnen waren sie anfangs 40 Personen, unterdessen haben mehr als 600 Leute auf unterschiedliche Art an den Aktionen teilgenommen, die von der *Casa Tomada* organisiert werden. Unterstützt werden sie u.a. von den Jugendlichen der Verschwundenenorganisation FAM-DEGUA, von den *Töchtern und Söhnen für Identität und Gerechtigkeit*, gegen *das Vergessen und Schweigen*, HIJOS, vom *Christlichen Jugendverband*, von den Jugendorganisationen der Parteien ANN und URNG und von der StudentInnenkoordination CEU.

Geldbeschaffungsmassnahmen

Guatemala, 24. Juni. Mit dem 30. Juni nähert sich der Tag, an dem das guatemaltekische Militär sein aktives Personal von rund 27'000 auf 15'500 reduziert. Die grosse Frage, die seit einiger Zeit PolitikerInnen und FinanzspezialistInnen beschäftigt ist, woher das Geld genommen werden soll, um die 8'000 Soldaten verschiedenster Ränge zu entschädigen, die freiwillig aus den Reihen der Armee austreten.

Finanzministerin María Antonieta de Bonilla schlägt vor, (aus den Privatisierungen stammende) Staatsaktien im Wert von 5 Milliarden Quetzales (ca. US-\$ 500 Mio.) zu verkaufen. Ein entsprechendes Dekret über die Veräusserung von 4,4 Milliarden Quetzales in Form von Schatzanleihen wurde vom Kongress bereits verabschiedet. Mit diesem Geld sollen neben den Militärs offenbar auch die ehemaligen Zivilpatrouillen (Ex-PAC) entschädigt werden.

Volks- und Menschenrechtsorganisationen lehnen diese Form der Geldbeschaffung ab, da sie nicht den nationalen Realitäten entspräche. Auf der einen Seite heisse es immer, die Regierung habe kein Geld, um die grundlegenden Forderungen der Bevölkerung zu erfüllen, auf der anderen Seite würde einmal mehr unhinterfragt das Militär begünstigt, kritisierte Edwin Ortega von der *Nationalen Gewerkschaftskoordination* (CNSP). Natürlich sei niemand grundsätzlich gegen eine Entmilitarisierung des Landes, wird doch damit eine der Forderungen der 1996 unterzeichneten Friedensabkommen erfüllt. Doch müsse man aufpassen, dass die Demobilisierung nicht zu einer erneuten Militarisierung führe, indem nämlich die ausgemusterten Militärs in öffentliche Ämter oder Posten im privaten Sicherheitsbereich überführt würden, meinte Ortega.

Rosalina Tuyuc, ernannte Leiterin der *Nationalen Kommission für Entschädigungszahlungen* an die Opfer des Krieges (CNR), bedauerte, dass die Militärs entschädigt werden, während die Opfer einmal mehr links liegen gelassen würden. Kritisiert wird auch, dass es sich bei den 4,4 Milliarden Quetzales nicht um eine Investition, sondern um eine Schuld handelt, von der ein kleiner Teil der Bevölkerung profitiert, jedoch die grosse Mehrheit in Form von höheren Steuern belastet wird. (Im selben Zuge wurden nämlich im Rahmen des Finanzpaktes auch höhere Steuern auf alkoholische Getränke festgelegt.)

Das Finanzministerium wird lediglich die Abgangsentschädigungen der Offiziere und Spezialisten übernehmen. Währenddessen ist das Verteidigungsministerium für die Entschädigungen der

Truppen zuständig und für diejenigen, die ihrem Alter entsprechend pensioniert werden, das *Militärvorsorgeinstitut* (IPM).

Nun stellt sich die Frage, woher das IPM die auf 200 Mio. Quetzales geschätzte Summe nehmen soll, um die Pensionäre zu entschädigen. Bekanntlich befindet sich das IPM infolge von Korruption in einer Finanzkrise eklatanten Ausmasses. Nichtsdestotrotz wurde ein Unterstützungsbeitrag bei der Regierung beantragt, um überhaupt weiter funktionieren zu können. Und zwar die stolze Summe von 580 Mio. Quetzales (40 Mio. sofort und den Rest über die nächsten 15 Jahre verteilt) um 950 Offiziere zu entschädigen. In diesem Zusammenhang kam auch heraus, dass die rund 15 Mio. Quetzales welche diese Offiziere im Verlauf der Jahre an das Institut einbezahlt haben, nicht gedeckt sind.

Obwohl noch alle Prozesse gegen die Verantwortlichen des IPM-Finanzdebakels offen sind und kein Plan vorliegt,

wie diese private Institution aus der Krise herauszukommen gedenkt, hat sich die Exekutive bereit erklärt, ihr mit 60 Mio. Quetzales unter die Arme zu greifen, begründet von Präsident Berger persönlich, „dass es immer schon so gehandhabt wurde“. 60 Mio. seien nicht viel, früher habe man bis zu 105 Mio. überwiesen, erklärte Berger. Einmal mehr scheint Berger seine Kompetenz zu überschreiten, wäre es doch auch diesmal in der Hand der Legislative, also des Kongresses, über die Vergabe solcher Entschädigungsgelder zu entscheiden (siehe Artikel über die Ex-PAC).

Der Entscheid wurde von Carmen Rose de León, Mitglied des *Beratenden Rates zum Thema Sicherheit* (CAS) sowie von der ANN-Kongressabgeordneten Nineth Montenegro scharf kritisiert. Die beiden sind sich einig, dass es nicht die Aufgabe des Staates, und in letzter Instanz der guatemaltekische Bevölkerung ist, eine private Firma, wie es das IPM ist, vor dem Konkurs zu retten.

Campesino-Führer ermordet

Guatemala, 10. Juni. Verschiedene nationale und internationale Menschenrechtsorganisationen protestieren gegen die brutale Ermordung von Hugo Oswaldo Gutiérrez Vanegas, Exponent einer Gruppe organisierter BäuerInnen im Petén, und fordern von der guatemaltekischen Regierung die sofortige Aufklärung des Verbrechens und eine Verurteilung der intellektuellen und materiellen Täter. Gutiérrez Vanegas, Bauer, Katechet und Vater von acht Kindern, war Präsident des Pro-Land-Komitees der Gemeinde La Pita in Santa Elena, Petén. Das Komitee wehrt sich gegen Landräumungen und setzt sich für eine gerechte Verpachtung des Gemeindelandes ein, das der dortigen Bevölkerung zur Subsistenz dient. Der Bürgermeister von Santa Elena weigerte sich, dieses und andere Pro-Land-Komitees anzuerkennen und mit ihnen in Verhandlung zu treten.

Vor zwei Monaten wurde Gutiérrez Vanegas Opfer eines Attentats, das er jedoch überlebte. Bereits damals meldete er den Vorfall der Staatsanwaltschaft, welche jedoch nichts unternahm.

Gemäss eines Schreibens der katholischen Kirche des Petén ist der Ermordete nicht der einzige, der Todesdrohungen erhielt. Politisch aktive Personen wie z.B. die JustizpromotorInnen oder SozialarbeiterInnen würden immer wieder Opfer von mächtigen, illegal operierenden Gruppierungen, deren einzige Kommunikationsformen die Einschüchterung und Gewalt seien, heisst es in der

Erklärung. Die Situation verschärfe sich durch die Komplizenschaft der Behörden mit diesen Gruppen.

Genau diese Komplizenschaft wird es schwierig bis unmöglich machen, dass das Verbrechen an Gutiérrez Vanegas aufgeklärt wird und die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden.

¡Fijáte!

**Herausgegeben von:
Solidarität mit Guatemala e.V.**

Bankverbindung:

Postbank Karlsruhe

BLZ: 660 100 75

Kto. -Nr.: 32 95 01-751

Aboverwaltung:

Ewald Seiler

Rahel-Varnhagen-Str. 15

79100 Freiburg

fijate@web.de

Redaktion:

Barbara Müller

Christiane Treck

c-tree@gmx.net

Jahres-Abo: 55.- €

Auslands-Abo: 60.- €

E-Mail-Abo: 50.- €

Erscheinungsweise

14-täglich.

Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht.

Zahlungen an Ex-PAC sind verfassungswidrig

Guatemala, 23. Juni. Bereits einen Tag bevor das guatemaltekeische Verfassungsgericht (CC) eine Entscheidung über die Legalität der Entschädigungszahlungen an ca. 400'000 ehemaligen Zivilpatrouillisten fällte, traf sich die Kongressabgeordnete der *Patriotischen Partei* (PP), Roxana Baldetti, mit Mitgliedern der Ex-PAC. Das Treffen hatte zwei Ziele: einerseits die Ex-PAC davon abzuhalten, im Falle eines negativen Entscheids mit Gewalt zu reagieren, zum andern, die Beziehung zwischen PP und Ex-PAC zu festigen. Zu den Angeboten seitens der PP gehörte das Versprechen, alle möglichen legalen Mittel zu ergreifen, um die Zahlungen doch noch zu ermöglichen.

Mit seinem Urteil vom 21. Juni erklärte das Verfassungsgericht die Regierungsdekrete 228-2003 und 556-2003, unterzeichnet vom damaligen Präsidenten Alfonso Portillo, für verfassungswidrig und dementsprechend für ungültig. Damit gab das Gericht der Nationalen Menschenrechtsbewegung definitiv Recht, die einen Rekurs gegen das Dekret einreichte, dem am 17. Dezember 2003 vom Verfassungsgericht bereits provisorisch stattgegeben wurde. Begründet wurde das Urteil damit, dass es nicht in der Kompetenz des Präsidenten liege, über Gelder aus dem Haushaltsetat zu verfügen, sondern dass eine solche Entscheidung vom Kongress getroffen werden müsse.

Im Vorfeld der entscheidenden Sitzung erhielten einige Verfassungsrichter Drohungen. Ebenfalls im Vorfeld be-

kundeten die Richter Cipriano Soto und Guillermo Ruiz Wong (die beiden sprachen sich vor einem Jahr für die Präsidentschaftskandidatur von Efraín Ríos Montt aus) ihre Sympathie für die Ex-PAC, welche sie als „Helden“ bezeichneten. Als sie jedoch merkten, dass sie diesmal mit ihrer Position auf verlorenem Posten standen, änderten sie ihre Meinung und der einzige der sieben Richter, der sich für weitere Auszahlungen an die Ex-PAC aussprach, war Francisco Palomo (ebenfalls ein Ja-Stimmer im Falle Ríos Montt).

Noch bevor er den Entscheid des Verfassungsgerichts kannte, bestätigte Präsident Oscar Berger sein Wahlversprechen, dass er alles unternehmen werde, eine legale Form zu suchen, damit die Ex-PAC zu ihrem Geld kämen.

Der Entscheid des Verfassungsgerichts kam für niemanden wirklich überraschend. Selbst Otto Pérez Molina erklärte in einem Interview mit dem Radiosender *Emisoras Unidas*, dass er mit einem solchen Urteil gerechnet hatte. Entsprechend hatte er sich vorbereitet und reichte bereits am 22. Juni, also einen Tag nach dem Urteil, im Kongress eine Gesetzesinitiative ein, um die Angelegenheit doch noch ins Lot zu bringen. Die Initiative sieht vor, dass noch im Jahre 2004 diejenigen Ex-PAC entschädigt werden, die bei der ersten Zahlung vor den Wahlen vom November 2003 zu kurz kamen und dass die noch ausstehenden zwei Zahlungen bei der Verabschiedung des nächsten Budgets durch den Kongress berücksichtigt werden. Zur Frage,

woher das Geld für die Entschädigungszahlungen kommen soll, schwieg sich Pérez Molina aus (unterdessen scheint das ja mit der Vergabe von Schatzanweisungen geklärt zu sein, siehe Artikel über die Entschädigung der Militärangehörigen). Gemäss ersten Stellungnahmen unterstützen die FRG und die GANA die Initiative, die ANN spricht sich klar dagegen aus und die URNG, PAN und UNE haben sich noch nicht dazu geäußert.

Vorerst einmal freuen sich die guatemaltekeischen Menschenrechtsorganisationen über das Urteil, welche den Rekurs eingereicht hatten. Vor allem Organisationen, die selber für die Entschädigung der Kriegs-Opfer einstehen, kritisierten seit jeher die Zahlungen an die Ex-PAC als einen Affront gegenüber den Opfern. Auch sie sind bereit, weitere rechtliche Schritte zu ergreifen, sollte Pérez Molina mit seiner Gesetzesinitiative im Kongress erfolgreich sein. Und diese Chance ist real, bringen doch die FRG und die GANA zusammen 80 Stimmen, also die notwendige einfache Mehrheit auf.

Unter den ehemaligen Patrouillisten herrscht offenbar keine Einigkeit über das weitere Vorgehen. Die Kommentare gehen von „handfeste Massnahmen ergreifen“ bis zu „die rechtlichen Mittel ausschöpfen“. Die Sache wird auf alle Fälle noch eine Weile in der politischen Diskussion bleiben und bereits jetzt für den nächsten Wahlkampf ausgeschlachtet, siehe Otto Pérez Molina, dessen Ambitionen auf eine Präsidentschaft ein offenes Geheimnis sind.

Beratender Sicherheitsrat eingesetzt

Guatemala, 23. Juni. Sieben Jahre und neun Monate nach der Unterzeichnung der Friedensabkommen wurde der im *Abkommen über die Stärkung der Zivilgesellschaft und Funktion des Militärs* vorgesehene *Beratende Rat für Sicherheit* (CAS), zusammengesetzt aus zehn VertreterInnen der Zivilgesellschaft, vereidigt. Der CAS begann Mitte Juni seine Arbeit mit einem zweitägigen Seminar, bei dem die Erfahrungen verschiedener lateinamerikanischer Länder in Sachen „Reform des Sicherheitsapparats“ zusammengetragen und ausgetauscht wurden. „Wir müssen lernen, wie man von einem autoritären Regime zu einer wirklich demokratischen Regierung kommt. In Guatemala wiederholen sich immer wieder die autoritären Muster und die Sicherheit ist unser grösstes Problem“, erklärte Vizepräsident Eduardo Stein die Idee des Seminars.

Dem CAS gehören u.a. Helen Mack (*Mirna-Mack-Stiftung*), Adela Torrebiarte (*Madre Angustiadas*), Sandra Mu-

rales (*Familienangehörige und FreundInnen gegen Delinquenz und Entführung* - FADS - und Präsidentin der Tourismuskammer), Carmen Rosa de León (*Institut für nachhaltige Entwicklung*), Idivina Hernández (*Seguridad en Democracia*) Enrique Alvarez (*Incidencia Democrática*), und der Ex-General Julio Balconi an. Die Aufgabe des Rates ist die Überwachung der Etats der verschiedenen für die „Sicherheit“ zuständigen Institutionen, die Erarbeitung von Vorschlägen zur Reform des Sicherheitssystems sowie die jährliche Berichterstattung über die eigene Arbeit an die Regierung und die Öffentlichkeit.

Mit der Aufgabe, „eine institutionelle Plattform des Dialogs zwischen der guatemaltekeischen Zivilgesellschaft und den für die Sicherheit zuständigen Institutionen des Staates“ zu sein, beginnen im CAS weitere be- und anerkannte VertreterInnen der Zivilgesellschaft ihren Seiltanz zwischen Regierungs- und Bewegungspolitik. Eines der ersten The-

men, das der CAS angehen will, sind laut Adela de Torrebiarte die zunehmenden gewaltsamen Tötungen von Frauen.

Auf die jüngste Gewaltwelle (Überfälle auf öffentliche Busse, Schiessereien auf offener Strasse und gezielte Überfälle auf Personen, die Geld in Banken abhoben) reagierte Präsident Berger mit der Ankündigung, sogenannte Quartierkomitees zu bilden, die mit den entsprechenden Mitteln ausgerüstet werden sollen, damit sie entweder selber Zusammenstöße von Kriminellen oder Jugendbanden verhindern, oder schnell und effektiv die Polizei alarmieren können. Diese Massnahme wurde allgemein kritisiert mit der Begründung, es könne nicht die Bevölkerung mit Aufgaben bedacht werden, die eigentlich dem Staat obliegen.

Interessanter- oder bedenklicher-weise hat Berger diesen Entschluss gefällt, ohne dass er sich vorher mit seinem „Beratenden Sicherheitsrat“ besprochen hatte.

